

Ressort: Politik

Spitzen von CDU und Grünen warnen vor falschen Weichenstellungen

Berlin, 02.02.2014, 16:17 Uhr

GDN - Spitzenpolitiker von CDU und Grünen haben die Bundesregierung vor falschen Weichenstellungen beim Kampf gegen die Verwahrlosung von Großstadtquartieren gewarnt. Das Vorhaben von Bauministerin Barbara Hendricks (SPD), in Problemstädten aktiv zu werden, sei zwar "prinzipiell richtig", so der stellvertretende CDU-Vorsitzende Armin Laschet zur "Welt".

Es dürfe aber nicht zu Spekulationsgeschäften führen. Notwendig seien Gesetze, die verhindern, dass Eigentümer "mit 30 Menschen in einer Wohnung" Geschäfte machten. Ähnlich äußerte sich Grünen-Chef Cem Özdemir. Statt Mietwucherern "Schrottimmobiliien teuer abzukaufen, sollte der Gesetzgeber lieber dafür sorgen, dass Ausbeutung und Spekulation mit solchen Gebäuden auf dem Rücken der Ärmsten gar nicht erst möglich sind". Das Geld aus den Förderprogrammen solle lieber "in integrierende Wohnprojekte, Integrations- und Sprachkurse" investiert werden. Bauministerin Hendricks hatte zuvor besondere Probleme in zwölf bis 15 deutschen Städten ausgemacht. Schwierigkeiten entstünden vor allem, wenn "viele schlecht integrierte Menschen in unzureichendem Wohnraum zusammen sind", sagte Hendricks der "Welt". "Bei manchen dieser Schrottimmobiliien hilft nur die Devise: aufkaufen, leer ziehen und abreißen." Für die Bewohner müssten neue Wohnungen in anderen Stadtteilen gefunden werden. Das Förderprogramm "Soziale Stadt" solle in den nächsten Jahren mit bis zu 150 Millionen Euro ausgestattet werden. Ein Teil davon werde in Städte mit besonderen Problemlagen investiert. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, warnte ebenfalls davor, dass der Staat "mit Steuermitteln diese Schrott-Immobilien, in denen jetzt etwa Flüchtlinge untergebracht sind, zum doppelten oder dreifachen Preis des tatsächlichen Wertes aufkauft", sagte er der "Welt". Spekulationen mit diesen Immobilien müssten verhindert werden. Er plädierte dafür, die Instrumente des Baugesetzbuchs stärker anzuwenden und zum Abriss von "Schrott-Gebäuden" aufzufordern. Bisher hätten Eigentümer und Investoren oftmals die wirtschaftliche Unzumutbarkeit eines Abrisses in den Vordergrund gestellt. "Künftig muss hier stärker die Gemeinwohlverpflichtung gelten."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-29447/spitzen-von-cdu-und-gruenen-warnen-vor-falschen-weichenstellungen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619